

Gründe für die Wahlniederlage der CDU in Baden-Württemberg

Eine persönliche Einschätzung

von Winfried Klein

I. Demoskopische Entwicklung der CDU in den letzten Jahren und Monaten

Dass die CDU verlieren würde, war seit der Ereignisse in Fukushima fast unabwendbar. Dass sie in eine Position geraten würde in der knapp drei Prozentpunkte Vorsprung genügen würden, um den Regierungswechsel herbeizuführen, zeichnete sich aber schon länger ab. Diese Entwicklung gilt es im Blick zu behalten, wenn man über den Ausgang der Wahl diskutiert. Seit Jahrzehnten war es der CDU in Baden-Württemberg gelungen, SPD und Grüne deutlich auf Abstand zu halten. Selbst bei der Denkmittelwahl von 1992 war die CDU stärker als SPD und Grüne zusammen. Den Ausfall der FDP hätte sie verschmerzen können, sie besaß ohne weiteres die strukturelle Mehrheit im Landtag.

Dass dies anders werden würde zeichnete sich seit längerem ab. Bei der Bundestagswahl 2009 kam die CDU gerade einmal auf rund 34 % der Stimmen. Nur dank der starken FDP hatte Schwarz-Gelb weiterhin eine Mehrheit im Land. SPD, Grüne und Linkspartei waren der Regierungskoalition jedoch schon dicht auf den Fersen. In den Landtagswahlumfragen schlug sich dieser Trend zunächst noch nicht nieder. Die CDU stagnierte jedoch bei gut 40 %. Erst mit dem Amtsantritt von Stefan Mappus änderte sich dieser Trend. Die Werte der CDU stiegen wieder. Diese Entwicklung fand ihr abruptes Ende mit dem Anschwellen der Proteste gegen Stuttgart 21. Von da an ging es einige Monate konstant bergab am 09.10.2010 veröffentlichte der Spiegel eine Meinungsumfrage derzufolge die CDU nur noch 34 % der Stimmen auf sich vereinen konnte, während die Grünen bei 32 % lagen. Das Schlichtungsverfahren sorgte für Beruhigung. Nach dem Schlichterspruch stiegen die Werte der CDU wieder auf über 40 % an. Gleichzeitig zeichnete sich ab, dass es Probleme mit dem Koalitionspartner geben könnte, die FDP pendelte nämlich zwischen 5 % und 6 %, während der Linken der Einzug in den Landtag zu gelingen schien. Wäre es so ge-

kommen, hätte es wohl eine große Koalition gegeben, die dem Land und auch der SPD nicht geschadet hätte. Schon vor dem Beben in Japan lag die CDU dann wieder unter 40 %, was wohl auch an den Umständen des Kaufs der EnBW-Aktien gelegen haben mag. Am 14.03.2011 jedoch veröffentlichte Infratest dimap eine Umfrage, die einen klaren schwarz-gelben Wahlsieg verhieß: 42 % CDU, 6 % FDP, 22 % SPD und 21 % Grüne, Linke 4 %. Dann kam der endgültige Umschwung.

Die Entwicklung zeigt, dass die Mehrheit von Union und FDP im Land über Monate hinweg gefährdet war. Sie zeigt auch, dass der Abstand zum politischen Gegner so knapp geworden war, dass er durch geringste Erschütterungen wegfallen konnte. Erst recht musste dies nach einer solchen Erschütterung, wie dem Beben in Japan und seinen Folgen gelten.

Die Frage ist also, was hat dazu geführt, dass dieser Abstand so gering geworden ist?

II. Erkenntnisse der demoskopischen Wahlanalyse

Die Wahlanalysen geben einige Antworten. So wurde den Grünen vor allem Glaubwürdigkeit zugebilligt, während CDU und FDP vorgeworfen wurde, die Sorgen der Bürger nicht ernst zu nehmen (<http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-aussagen.shtml>). Die SPD überholte die CDU bei der Kompetenzbewertung in Sachen Bildungspolitik. Hatten 2006 noch 45 % der Befragten der CDU eine gute Bildungspolitik bescheinigt, so waren dies 2011 nur noch 35 %. Hatten 2006 noch 30 % der SPD eine gute Bildungspolitik bescheinigt, so waren es jetzt schon 38 %. Schlimmer noch: Im Jahr 2006 meinten 63 % der Befragten, die CDU leiste gute Wirtschaftspolitik. Dieses Jahr waren es nur noch 53 %, die dieser Meinung waren. Ähnliche Einbrüche verzeichnet die FDP. Diese Veränderungen zeigen deutlich, die Wahlniederlage an Person und Stil von Stefan Mappus festzumachen greift deutlich zu kurz. Im Gegenteil dürfte der Einbruch bei der Kompetenzzuweisung in Sachen Bildung noch größer gewesen sein, hätte Mappus nicht mit Kultusministerin Schick eine Person ins Land geholt, die die Aufregung um G8 geschickt zu beruhigen wusste. Hält man sich weiter vor Augen, dass gerade einmal für 16 % der Wähler der Kandidat, aber für 57 % das Programm wahlentscheidend war, so wird

deutlich, dass der Vertrauensverlust in wesentlichen Kompetenzfeldern ungeachtet der Nuklearkatastrophe schon länger eingetreten sein musste.

III. Ursachen des Kompetenz- und Glaubwürdigkeitsverlustes

Daher scheint es mir von Bedeutung nach den Ursachen dieses Kompetenzverlustes zu suchen.

1. Bildungspolitik

Bei der Bildungspolitik spielt sicher der Unmut über die Umsetzung von G8 eine große Rolle. Dass aber auch hierzulande die Unterstützung einer Einheitsschule wächst, hat sicher auch den Grund, dass Baden-Württemberg ein so attraktives Land ist, dass immer mehr Menschen aus anderen Bundesländern mit anderer politischer Prägung zugewandert sind. Wer vor zwanzig Jahren in Hessen Abitur gemacht hat, ist im Wesentlichen von Gesamtschulen geprägt worden. Er kennt die Förderstufe und hat sie nicht in schlechter Erinnerung. Dieser Mensch wird nicht verstehen, was an der Grundidee einer Einheitsschule schlecht sein soll. Die Studie die Kultusministerin Schick in Auftrag gegeben hat, wurde erst nach der Wahl veröffentlicht. Sie konnte im Wahlkampf nicht mehr Verwendung finden. Die Frage ist da schon angebracht, warum erst so spät eine wissenschaftliche Untersuchung unseres Bildungssystems beauftragt worden ist und warum schon vorhandene Untersuchungen nicht vermittelt worden sind. Im Laufe einer Podiumsdiskussion mit Landtagskandidaten, der ich beiwohnte, kam das Gespräch auf die Bildungspolitik. Der CDU-Kandidat lobte das dreigliedrige Schulsystem und seine Durchlässigkeit, konnte zum Beweis aber nur auf seine Schullaufbahn von vor dreißig Jahren verweisen. Aktuelle Beispiele hatte er nicht. Er konnte auch nichts den engagierten Reden der roten und grünen Kandidaten entgegenhalten. Er schwieg schlicht. Wenn man sein Licht derart unter den Scheffel stellt, braucht man sich nicht wundern, weshalb Kompetenzen nicht mehr wahrgenommen werden.

Dennoch hätte das Bildungsthema im Wahlkampf eine weit stärkere und damit mobilisierende Rolle spielen können. Das ist mir freilich erst am Samstag vor der Wahl richtig bewusst geworden. Man hätte mit diesem Thema das Atomthema vielleicht an den Rand drängen können, wenn man in Koch'scher Manier eine Unterschriftenkam-

pagne für den Erhalt der Haupt- und Realschulen und der Gymnasien gestartet hätte. Damit hätten wir sicher mehr mobilisieren können als mit dem bloßen Verteilen von Handzetteln und dem Kleben von Plakaten.

2. Wirtschaftspolitik

Bei der Wirtschaftspolitik im Land war nun kein vergleichbarer Grund für den Kompetenzverlust zu sehen und zu spüren. Jedoch wurde der Zusammenhang zwischen der CDU-Politik und dem Wohlstand und wirtschaftlichen Erfolg in Baden-Württemberg nicht hergestellt. Dabei wäre es gerade im Hinblick auf S21 leicht gewesen, Infrastrukturmaßnahmen als eine Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg darzustellen. Mit diesem Thema Wahlkampf zu machen, traute man sich aber offenbar nicht.

3. Rechtsstaatlichkeit

Neben den von den Demoskopen ermittelten Werten spielt nach meiner Überzeugung aber noch ein Umstand eine Rolle, über den öffentlich kaum diskutiert worden ist: Das Verhältnis der CDU und ihrer Spitzenpolitiker zum Rechtsstaat. Im Herbst letzten Jahres polemisierte Cem Özdemir gegen die Union und sagte, die CDU lege sich den Rechtsstaat zurecht, wie es ihr passe. Beim Atomausstieg breche sie geltende Verträge, bei S21 spiele sie sich zu deren Hüterin auf. Wir hatten seinerzeit versucht, mit einer Presseerklärung gegenzuhalten. Viel erreichen konnten wir damit wohl nicht.

Denn der Vorwurf Özdemirs traf wohl ins Schwarze. Viele, mit denen ich sprach waren gleicher Ansicht. Wenn wir weiterdenken sehen wir noch viele Beispiele anhand derer sich Özdemirs Aussage zu bestätigen scheint. Der versuchte Kauf von Kulturgütern, die dem Land bereits gehörten, die Spendenaffäre von vor über zehn Jahren, die Spendenwerbung von Minister Köberle auf dem Ministeriumsbriefkopf, der über Nacht vollzogene Kauf der EnBW-Aktien auf nicht geklärter Rechtsgrundlage, die Ablehnung des Kaufs von Steuer-CDs, die Aussetzung der Wehrpflicht ohne Gesetz, der Umgang von und mit Minister zu Guttenberg, der bis zuletzt sein Unrecht nicht eingestehen wollte und schließlich die Abschaltung der Altatomkraftwerke auf äußerst wackliger rechtlicher Grundlage. Nicht zu vergessen, der Polizeieinsatz im Stuttgarter Schlossgarten, der möglicherweise nicht oder zu einem anderen (besseren) Zeitpunkt erfolgt wäre, wenn die Anordnungen des Eisenbahnbundesamtes zum

Schutz des Juchtenkäfers befolgt worden wären. Selbst hartgesottene CDU-Wähler mussten sich nach alledem die Frage stellen, wie es die CDU eigentlich mit Rechtsstaat und Verfassung hält. Man kann über den einen oder anderen Punkt in der Sache sicher streiten. Doch der Anschein war da und wurde nicht nachhaltig genug entkräftet.

Wer derart Anlass gibt, den Markenkern der CDU als Rechtsstaatspartei in Frage zu stellen, braucht sich nicht wundern, wenn die Glaubwürdigkeit deutlich Schaden nimmt.

Da hilft es nichts, dass andere – Joschka Fischer etwa – mit dem Gesetz weit mehr Probleme hatten. Denn die Grünen, die Linken und in Teilen auch die SPD erheben nicht den Anspruch „Law-and-Order-Partei“ zu sein. Ihnen sieht man deshalb ihre Schwächen nach. Bei der CDU und ihren Politikern ist das anders. Zu Manfred Kanter fiel einem Journalisten in einem Kommentar nur noch ein, der Mann, der für Geldwäsche qua Beruf zuständig war, hat sich im Nachhinein als Mann vom Fach erwiesen. Derart glänzen können andere, Politiker einer Rechtsstaatspartei dagegen nicht. Die Einzigen, die in den letzten Wochen noch das CDU-Fähnlein glaubwürdig schwenkten waren Norbert Lammert und Siegfried Kauder. Andere blieben stumm oder wurden es. Für die FDP hätte hier Profilierungspotenzial bestanden, doch auch sie wusste es nicht zu nutzen.

4. Atommoratorium

Da somit schon viel Glaubwürdigkeit verspielt worden war, vertrauten die Menschen im Land auch nicht mehr dem Atommoratorium. Diese aus meiner Sicht absolut richtige und auch in anderen Ländern durchgeführte Maßnahme, kam als bloße Wahlkampfaktik rüber, nicht jedoch als ernsthafter Versuch, die eigene Politik auf den Prüfstand zu stellen und nach Ablauf der drei Monate einen neuen gesellschaftlichen Konsens anzustreben, den man besser schon im Herbst letzten Jahres gesucht hätte. Richtiger wäre es gewesen und das haben meine linken Gesprächspartner bestätigt, wenn man den Kurswechsel tatsächlich mit den bevorstehenden Landtagswahlen begründet hätte. Hätte die Bundesregierung gesagt vor dem Hintergrund der Atomkatastrophe sei ihr Atomkurs nicht mehr vermittelbar, sie habe dies verstanden und brauche keine Lektion mehr durch Landtagswahlen, dann hätte das viel glaub-

würdiger gewirkt. Die Wucht der Bilder gab auch keine Anlass mehr zur Atomkraft zu stehen. Jeder der dies getan hätte wäre erst recht abgewählt worden. Das FDP-Ergebnis in Rheinland-Pfalz deutet dahin, dass diese Einschätzung stimmen kann.

Dann wäre es auch möglich gewesen ein „Abschaltgesetz“ durchs Parlament zu bringen und so für die Glaubwürdigkeit des eigenen Handelns zu erhöhen.

Dass das Atommoratorium Schwarz-Gelb dennoch vor einem weiteren Absturz bewahrt hat, belegt aus meiner Sicht das FDP-Ergebnis in Rheinland-Pfalz. Dort schlug sich nieder, was Minister Brüderle vor dem BDI gesagt hatte. Damit meine ich nicht, dass er das Atommoratorium mit dem Wahlkampf begründet hat, sondern, dass er keinerlei Einsicht in eine Veränderung der Situation geoffenbart hat. Bei allem was man Stefan Mappus vorwerfen kann, scheinen viele ihm doch geglaubt zu haben, dass er aus seinem Fehler gelernt hat. Denn andernfalls hätte die CDU nicht ein Ergebnis erreicht, dass im Schnitt der Umfragen der letzten Monate gelegen hat. Die CDU hätte sonst sicher deutlich schlechter abgeschnitten.

Das Atomthema hat aber in Baden-Württemberg noch in einer Weise gewirkt, die kaum thematisiert worden ist: Bei S21. Die Umfragen zeigen, dass die Zustimmung wieder zurückgegangen ist. Das liegt aus meiner Sicht an den Vorgängen in Fukushima. Als es um Stuttgart 21 ging, wurden die Sorgen und Ängste vieler Menschen viel zu spät aufgegriffen. Tatsachen konnten nicht richtig gestellt werden, weil sich niemand ernsthaft mit den Argumenten der Gegner beschäftigt hatte. Zahlen wurden verkündet, die nach Wirtschaftlichkeitsberechnungen zumindest begründbar waren. Doch begründet und vorgerechnet wurde nicht. So entstand der Eindruck, es sei etwas wahres dran am Lügenvorwurf. Dass eine sachliche Argumentation vielfach gar nicht möglich war, trifft zu. Dass in öffentlichen Reden aber lange so getan wurde, als sei alles in bester Ordnung (Oettinger: "das bestgerechnete Projekt"), ohne die Kritik zu entkräften, hätte vermieden werden können. Die Fragen der Geologie und der Sicherheit beim Bau wurden auch eher zögerlich beantwortet und dann auch nur unter Verweis auf Experten und Gutachten, die keiner kannte. Transparenz hätte hier viel geholfen. Geholfen hätte auch das Wesen von Gutachten zu erklären und Kriterien für die Bewertung von Gutachten an die Hand zu geben. Die fatale Folge war aber nun, dass einige, die sich vielleicht doch hatten überzeugen lassen, dass

der Bau sicher ist, nach den Vorfällen in Japan ihre Meinung geändert haben: Wenn die Grünen bei der Atomkraft richtig lagen, liegen sie vielleicht auch beim neuen Tiefbahnhof richtig. All das erwuchs aus dem Gefühl nicht ernst genommen zu werden und der fehlenden Bereitschaft sich mit Gegenargumenten fachlich auseinanderzusetzen. Der Vorwurf der Atomlüge konnte so ohne weiteres verfangen: Vorher habt ihr behauptet, es sei sicher, jetzt sagt ihr es sei doch nicht sicher. Ihr habt uns also belogen!

5. Persönlichkeiten

Ein schließlich auch nicht zu vernachlässigender Punkt ist der Verlust an Glaubwürdigkeit durch den Verlust von Persönlichkeiten. Friedrich Merz, Horst Köhler, Roland Koch, Ole von Beust und andere kehrten der Politik den Rücken. Manche taten das in einer Weise, die man den Eindruck gewinnen konnte, die mit dem Amt übernommene Verantwortung sei eigentlich völlig egal – so etwa Ole von Beust. Konservative Wähler dürfte diese Einstellung eher abgeschreckt haben. Die gehen von der Vorstellung aus, dass der Kapitän als letzter das sinkende Schiff verlässt, dass er also auch Verantwortung übernimmt und die Abwahl nicht seinem Nachfolger überlässt. Auch das hat unserer Glaubwürdigkeit geschadet.

Bei allem, was man Stefan Mappus vorwerfen kann, hat er hier einen Kontrapunkt gesetzt. Er hätte ohne weiteres S21 über Bord werden können und so seine Wahlchancen erhöhen können. Dies hat er nicht getan. Er ist – auch wenn er einige Zeit nicht gewusst haben dürfte, wie er mit den Demonstrationen umgehen soll – seinen Mann gestanden. Er hat in heftigstem Gegenwind ein für sinnvoll erachtetes Projekt verteidigt, auch Tanja Gönner hat dies getan.

Ich finde es nach allem, was ich ausgeführt habe, daher nicht richtig einseitig Schuldzuweisungen vorzunehmen. Wichtiger ist, die tiefergehenden Gründe der Wahlniederlage zu ergründen und Konsequenzen zu ziehen.

IV. Konsequenzen

Die sollten nicht darin bestehen, das konservative Tafelsilber der Union und das zugehörige Personal vor die Tür zu setzen. Vielmehr gehören zur Volkspartei CDU liberale und konservative Strömungen. Nein, es geht darum wieder glaubwürdig zu werden. Gesetze und Verträge müssen eingehalten werden. Die eigene Position muss glaubhaft vertreten werden. Außerdem sollte der Ruf der Bürger dieses Landes nach mehr Offenheit und Demokratie gehört werden.

Daher schlage ich vor, dass die CDU sich dem Wunsch der neuen Landtagsmehrheit nach einer Absenkung der Quoren für Volksbegehren nicht von vornherein verschließt. Das Quorum könnte auf 10 %, das Abstimmungsquorum für einfache Gesetze auf 25 % gesenkt werden. Die Bereitschaft sollte aber unter die Bedingung gestellt werden, Realschulen und Gymnasien verfassungsfest zu machen.

Außerdem sollte auf die Parlamentsreform und die angedachte Verbannung von Amtsträgern aus den Kreistagen reagiert werden. Als Lösung schwebt mir die Schaffung einer kommunalen Kammer auf Landesebene vor, die den Landtag berät und zu Gesetzen Stellung nehmen kann. Dort könnten die Landräte und eine bestimmte Anzahl von Bürgermeister und Oberbürgermeistern vertreten sein. Dadurch könnte man mehr ins Land hören, was gerade nach der Abwahl der mitgliederstarken CDU von Bedeutung ist.

Außerdem sollten als Reaktion auf den Vorgänge beim EnBW-Kauf die Rechte des Ständigen Ausschusses des Landtages gestärkt werden. Er sollte künftig auch in den Sitzungspausen des Landtags dessen Rechte wahrnehmen, damit auch in Eilsituationen Einvernehmen mit dem Landtag hergestellt werden kann.